

	<p><b>I. Was halten Sie für die geeignetsten Instrumente bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels im elementarpädagogischen Bereich in Karlsruhe?</b>                  I. a) Wie stehen Sie zur finanziellen Förderung von Nicht-Fachkräften?                  I. b) Auch die Gewinnung ausländischer Fachkräfte wird nicht gegenfinanziert. Würden Sie das in Zukunft ändern?</p>	<p><b>II. Wie möchten Sie dem Spannungsverhältnis zwischen auskömmlicher Finanzierung der freien Träger und finanziellen Entlastungen der Eltern begegnen?</b></p>	<p><b>III. Es fehlen ca. 1.200 Kita-Plätze in der Stadt Karlsruhe: Wie wollen Sie die freien Träger dabei unterstützen, neue Plätze zu schaffen?</b></p>	<p><b>IV. Wie wollen Sie gewährleisten, dass alle Kinder gleiche Chancen zur Teilhabe an frühkindlicher Bildung und Betreuung erhalten?</b></p>
<p><b>Karlsruher Liste</b></p>	<p>Ausbildung und Weiterqualifizierung sind wichtige Instrumente bei der Gewinnung von Fachkräften. Die Karlsruher Liste unterstützt die städtische Finanzierung PIA-Ausbildung und hat immer für eine Ausweitung dieser Möglichkeit plädiert. Auch eine unkomplizierte (Weiter-) Qualifizierung von Quereinsteiger:innen, ausländischen Fachkräften oder Berufseinsteiger:innen muss von der Stadt in Zusammenarbeit mit den vielen freien Trägern ermöglicht werden. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie hängt maßgeblich an einer verlässlichen und qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung ab. Kitas und Horte dürfen keine Verwahranstalten sein. Deshalb muss zumindest zu den Kernzeiten ein entsprechender Betreuungsschlüssel gewährleistet sein. Denn auch gute Arbeitsbedingungen sind ein maßgeblicher Faktor zur Gewinnung und zur Bindung pädagogischer Fachkräfte.</p>	<p>Die Karlsruher Liste setzt sich dafür ein, Familien zu entlasten. Der Weg zur beitragsfreien Kita schein in weite Ferne gerückt. Dennoch sollte dieses Ziel, auch frühkindliche Bildung als beitragsfreie Bildung zu verstehen, nicht ganz aus dem Auge verloren werden. Hier sehen wir aber auch Bund und Land in der Pflicht, sich finanziell zu beteiligen. Bis dahin setzen wir uns dafür ein, dass die Elternbeiträge sowohl in städtischen Einrichtungen wie auch den freien Trägern nicht weiter steigen. Das bedeutet, dass die Zuschüsse für die freien Träger von der Stadt entsprechend angeglichen werden müssen.</p>	<p>Die Stadt Karlsruhe kann vor allem bei der Vergabe von Bauplätzen, mit schnellen Genehmigungsverfahren oder der Übernahme von Gebäudebestand und mit Vermietung zu einem niedrigen Mietzins unterstützen.</p> <p>In der Regel fehlt es nicht an der Bereitschaft, weitere Kitaplätze zu schaffen. Hohe Bau- und Unterhaltskosten verzögern den Ausbau an Kitaplätzen in Karlsruhe. Hier kann die Stadt mit den oben genannten Maßnahmen unterstützen.</p>	<p>Ein erklärtes politisches Ziel der Karlsruher Liste, ist es Karlsruhe zu einer „Modellstadt Inklusion“ zu entwickeln. Alle Kinder bekommen die Unterstützung, die sie benötigen, wohnortnah. Lange und komplizierte Genehmigungsverfahren für den Einsatz von Therapeuten, begleitenden oder pädagogischen Hilfen in Kitas müssen durch schnelle, fallorientierte Hilfe abgelöst werden. Dabei braucht es aufgrund des Fachkräftemangels von allen Seiten die Bereitschaft, auch unkonventionelle Wege zu gehen.</p>

	<p><b>I. Was halten Sie für die geeignetsten Instrumente bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels im elementarpädagogischen Bereich in Karlsruhe?</b> I. a) Wie stehen Sie zur finanziellen Förderung von Nicht-Fachkräften? I. b) Auch die Gewinnung ausländischer Fachkräfte wird nicht gegenfinanziert. Würden Sie das in Zukunft ändern?</p>	<p><b>II. Wie möchten Sie dem Spannungsverhältnis zwischen auskömmlicher Finanzierung der freien Träger und finanziellen Entlastungen der Eltern begegnen?</b></p>	<p><b>III. Es fehlen ca. 1.200 Kita-Plätze in der Stadt Karlsruhe: Wie wollen Sie die freien Träger dabei unterstützen, neue Plätze zu schaffen?</b></p>	<p><b>IV. Wie wollen Sie gewährleisten, dass alle Kinder gleiche Chancen zur Teilhabe an frühkindlicher Bildung und Betreuung erhalten?</b></p>
<p><b>Die Linke</b></p>	<p>Hauptgründe für den Fachkräftemangel sind die schlechten Arbeitsbedingungen, ungenügende Betreuungsschlüssel und die unzureichende Bezahlung. Auch die Beschäftigten in Kitas Freier Träger sollten zumindest gemäß dem TVÖD bezahlt werden.</p> <p>Um umzusteuern, ist eine auskömmliche Ausfinanzierung der freien und öffentlichen Träger notwendig. Politische Entscheidungsträger*innen müssen bei der Übertragung der Aufgaben an die Träger sicherstellen, dass die Beschäftigten nach Tarif bezahlt werden. Die Tariftreue ist in Rahmenvereinbarungen zu regeln.</p> <p>Die Ausbildung für Erzieher*innen muss endlich für alle kostenfrei werden. Wir brauchen gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte. Die praxisintegrierte Ausbildung (PiA) hat sich bewährt und ist weiter auszubauen. Es braucht eine dauerhafte Ausbildungsinitiative mit ei-</p>	<p>Die frühkindliche Bildung ist die Grundlage des Bildungswesens. Sie liegt in der Hoheit der Länder, die auch die notwendige Finanzierung gewährleisten müssten. Dies darf nicht den einzelnen Kommunen aufgebürdet werden. Kitas müssen flächendeckend für die Familien beitragsfrei sein. DIE LINKE fordert schon lange kostenfreie Kitas. Ein Volksbegehren zur Abschaffung der KITA-Gebühren wurde 2020 von einem breiten Bündnis aus SPD, DIE LINKE, Piratenpartei, DGB, ver.di, GEW, IG Metall, pro familia, AWO, Landesverband Kindertagespflege, Arbeiter-Samariter-Bund, Naturfreunde, SGK und dem Kinderschutzbund auf den Weg gebracht. Bedauerlicherweise ließ Ministerpräsident Kretschmann dieses Volksbegehren nicht zu. Damit bleibt die Frage der Finanzierbarkeit nach wie vor in der Verantwortung der</p>	<p>Wie in den vorigen Antworten beschrieben, wollen wir den Erzieher*innen-Beruf durch bessere Bezahlung und Arbeitsentlastung attraktiver machen. Außerdem müssen künftig bei allen Neubauprojekten der Stadt geeignete Räumlichkeiten für Kitas mitgedacht und geplant werden. Auch alte Bausubstanz insbesondere in städtischen Liegenschaften und bei den Freien Trägern muss auf geeignete Räumlichkeiten überprüft und entsprechende Sanierungsmaßnahmen müssen unterstützt werden.</p>	<p>Politik muss dringend in die strukturelle Qualität der frühkindlichen Bildung investieren, denn diese ist maßgeblich für eine gute Kita. Wir fordern eine bessere Fachkraft-Kind-Relation. Außerdem muss ausreichend Zeit für die mittelbare pädagogische Arbeit berücksichtigt werden. Gute pädagogische Arbeit, Sonderpädagogik und Inklusion kann nur geleistet werden mit mehr Personal, gut ausgebildetem Personal und besseren Betreuungsschlüsseln.</p> <p>Bund, Länder und Kommunen müssen mehr Geld für die Förderung unserer Jüngsten zur Verfügung stellen. In einem bundeseinheitlichen Kita-Qualitätsgesetz müssen die Rahmenbedingungen für alle Beschäftigten und die Kinder nachhaltig verbessert werden.</p>

<p><b>Die Linke</b></p>	<p>ner verlässlichen Finanzierung des Lebensunterhalts der Lernenden. Es gilt, Quereinstiege zu fördern, Umschulungen zu unterstützen und damit die berufsbegleitende Ausbildung zu ermöglichen.</p> <p>Die Arbeitsplätze in Kitas müssen attraktiver werden. Dazu gehört auch, dass das pädagogische Personal von fachfremden Aufgaben entlastet wird und durch Verwaltungskräfte und Alltagshelfer*innen unterstützt wird.</p> <p>Die Anerkennung der Abschlüsse, die Fachkräfte im Ausland erworben haben, muss erleichtert und beschleunigt werden. Allerdings ist die Beherrschung der deutschen Sprache eine wesentliche Voraussetzung, um auch die Sprachkompetenz der Kinder zu fördern und dem Bildungsauftrag in den Kitas zu entsprechen.</p>	<p>einzelnen Kommune statt in der Pflicht des Landes.</p>		
-------------------------	--	---	--	--

	<p><b>I. Was halten Sie für die geeignetsten Instrumente bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels im elementarpädagogischen Bereich in Karlsruhe?</b>                      I. a) Wie stehen Sie zur finanziellen Förderung von Nicht-Fachkräften?                      I. b) Auch die Gewinnung ausländischer Fachkräfte wird nicht gegenfinanziert. Würden Sie das in Zukunft ändern?</p>	<p><b>II. Wie möchten Sie dem Spannungsverhältnis zwischen auskömmlicher Finanzierung der freien Träger und finanziellen Entlastungen der Eltern begegnen?</b></p>	<p><b>III. Es fehlen ca. 1.200 Kita-Plätze in der Stadt Karlsruhe: Wie wollen Sie die freien Träger dabei unterstützen, neue Plätze zu schaffen?</b></p>	<p><b>IV. Wie wollen Sie gewährleisten, dass alle Kinder gleiche Chancen zur Teilhabe an frühkindlicher Bildung und Betreuung erhalten?</b></p>
<p><b>Freie Wähler</b></p>	<p>Anwendung des Erprobungsparagrafen §11 KiTaG ist das geeignete Instrument, um den freien Trägern die Flexibilität zu bieten, die notwendig ist Quereinsteiger und ausländische Fachkräfte einsetzbar zu machen, da damit auch eine Finanzierung einhergeht.</p> <p>Zudem gilt es die Rahmenbedingungen in Karlsruhe für Fachkräfte zu verbessern bspw. durch Angebote von Wohnraum und einer Ankommenskultur.</p>	<p>Vorrang hat der Ausbau der Kita-Plätze und die Verlässlichkeit des Angebots vor einer finanziellen Entlastung der Eltern.</p>	<p>Erhöhung des Mietkostenzuschusses bzw. Öffnung nach oben um attraktiver für Investoren zu werden und Übernahme von Projekt- und Vorlaufkosten analog des Investitionszuschusses.</p>	<p>Weiterführung des Projektes "Vielfalt nutzen, Bildung stärken – Qualität in der Kindertagesbetreuung der Stadt Karlsruhe (ViBi-Q)"</p>

	<p><b>I. Was halten Sie für die geeignetsten Instrumente bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels im elementarpädagogischen Bereich in Karlsruhe?</b> I. a) Wie stehen Sie zur finanziellen Förderung von Nicht-Fachkräften? I. b) Auch die Gewinnung ausländischer Fachkräfte wird nicht gegenfinanziert. Würden Sie das in Zukunft ändern?</p>	<p><b>II. Wie möchten Sie dem Spannungsverhältnis zwischen auskömmlicher Finanzierung der freien Träger und finanziellen Entlastungen der Eltern begegnen?</b></p>	<p><b>III. Es fehlen ca. 1.200 Kita-Plätze in der Stadt Karlsruhe: Wie wollen Sie die freien Träger dabei unterstützen, neue Plätze zu schaffen?</b></p>	<p><b>IV. Wie wollen Sie gewährleisten, dass alle Kinder gleiche Chancen zur Teilhabe an frühkindlicher Bildung und Betreuung erhalten?</b></p>
<p><b>CDU</b></p>	<p>Der Personal- und Fachkräftemangel im Bereich der Kindertagesbetreuung ist eine der größten Herausforderungen in Karlsruhe. Es handelt sich jedoch nicht um ein Problem, das ausschließlich Karlsruhe, sondern ganz Deutschland betrifft. Daher bedarf es Anstrengungen auf allen politischen Ebenen. Im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten setzen wir als CDU alles daran, den Betreuungsnotstand in Karlsruhe zu bewältigen. Eines der geeignetsten Mittel sehen wir in der Entlastung der vorhandenen Kräfte durch die Gewinnung von nichtexamiertem Personal für Hauswirtschafts- und Sekretariats- bzw. Verwaltungstätigkeiten (z.B. Speisenzubereitung oder Telefondienste), die bisher von examinierten Kräften übernommen werden müssen. Der zusätzliche Personaleinsatz soll durch die Stadt Karlsruhe finanziell gefördert werden. Weitere Mittel zur Bewältigung des Personal- und Fachkräftemangels schlagen wir auch in den folgenden Antworten vor.</p>	<p>Am 31. Mai 2022 hat der Gemeinderat einstimmig die neue Finanzierungssystematik für Kitas und Krippen in Karlsruhe beschlossen: unabhängig von der Trägerschaft soll ab dem Jahr 2026 in allen Karlsruher Kinderbetreuungseinrichtungen das gleiche gesamtstädtische Beitragsniveau gelten. Weil bspw. viele freie Träger höhere laufende Kosten zur Unterhaltung von Kitas haben (z.B. aufgrund von höheren Sach- und Raumkosten gegenüber städtischen Einrichtungen oder aufgrund eines höheren Personalschlüssels bedingt durch ein anderes pädagogisches Konzept), kann es vorkommen, dass die Benutzungsentgelte (= Elternbeiträge) hier oftmals höher sind. Vor dem Gemeinderatsbeschluss 2022 lagen 55 Prozent aller Kitas über dem gesamtstädtischen Beitragsniveau, nach dem Beschluss waren es nur noch 25 Prozent. Damit das</p>	<p>Zuallererst setzen wir uns für eine kontinuierliche Fortschreibung des Kita-Berichts der Stadt Karlsruhe ein. Daraus gehen stadtteilspezifisch die aktuellsten Bedarfe und Zahlen zur Planung weiterer Betreuungsplätze hervor. Davon abgesehen benötigen wir auch das entsprechende ausgebildete Personal, um zusätzliche Kita-Plätze adäquat betreuen zu können. Zusätzlich zu den oben von uns vorgeschlagenen Maßnahmen zur Personalakquise setzen wir uns im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten für bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen ein.</p> <p>Wir brauchen aber auch dringend neue Kitas: Damit uns das gelingt, hat sich unsere CDU-Fraktion im Gemeinderat in der laufenden Wahlperiode dafür stark gemacht, dass die bisher gewährten Quadratmeter-Zuschüsse zur Herstel-</p>	<p>Als CDU teilen wir die Auffassung, dass alle Kinder, also auch Kinder mit besonderem Förderbedarf, einen Anspruch auf eine gute Betreuung haben. Schließlich sind für uns die Aspekte Inklusion, Vielfalt und Teilhabe für jedes Kind von hoher Relevanz für die frühkindliche Erziehung, Betreuung und Bildung. Aus diesem Grund unterstützen wir das städtische Projekt „Vielfalt nutzen und Bildung stärken: Qualität entwickeln durch Vielfalt in Kindertageseinrichtungen in Karlsruhe (ViBi-Q)“ ausdrücklich. Das Projekt hat unter anderem die Aufgabe, Strategien zur Sicherstellung der Betreuung von Kindern mit besonderem Förderbedarf in Karlsruhe zu erarbeiten. Zwischen den Jahren 2024 und 2026 ist eine Pilotphase des Projekts vorgesehen, in der unter anderem auch eine Poollösung von Inklusionsfachkräften erprobt</p>

<p><b>CDU</b></p>	<p>I. a) Diese Überlegung unterstützen wir als CDU Karlsruhe-Stadt. Wir wollen, wie in Antwort zu Frage 1 beschrieben, vorhandenes Personal durch den Einsatz von nichtexamierten Kräften für Hauswirtschafts- und Sekretariats- bzw. Verwaltungstätigkeiten entlasten. Zudem wollen wir die Akquise weiterer Kräfte fördern, die in erster Linie nicht ausgebildete Erzieher in Kitas sind, bspw. Musik- oder Bewegungspädagogen und Menschen, die einschlägige Erfahrung in der Arbeit mit Kindern haben, aber andere Berufe gelernt haben (z.B. Gärtner oder Schreiner). Beschäftigte dieser und weiterer Fachrichtungen können ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur Erziehung der Kinder leisten. Selbstverständlich sollte die Stadt Karlsruhe diesen zusätzlichen Personalaufwand finanziell fördern, bspw. indem die städtische Förderrichtlinie dahingehend überarbeitet wird.</p> <p>I. b) Mit einem Antrag im Gemeinderat hat sich unsere CDU-Fraktion explizit für die Gewinnung von Fachkräften aus dem EU-Ausland eingesetzt – aufgrund der abschlägigen Stellungnahme der Stadtverwaltung leider jedoch erfolglos. Die Forderung werden wir allerdings weiterverfolgen, da wir in der Gewinnung von ausländischen Fachkräften eine sinnvolle Ergänzung zur Bewältigung des Personalmangels sehen. Einige – insbesondere – südeuropäische</p>	<p>beschlossene Ziel der Beitragsgleichheit ab 2026 erreicht werden kann, wird das gesamtstädtische Beitragsniveau stufenweise angehoben – d.h. durch die Erhöhung von Elternbeiträgen, zuletzt im Jahr 2023 um 8 Prozent. Um Eltern durch die Anhebung aber nicht zu stark zu belasten, hat der Gemeinderat beschlossen, 40 Prozent der Anhebung durch städtische Erstkinderzuschüsse auszugleichen. Als CDU unterstützen wir die Karlsruher Finanzierungssystematik und werden den Prozess zur Beitragsgleichheit weiterhin proaktiv begleiten. Gleichzeitig sind wir sehr bewusst, dass die derzeitige Situation hinsichtlich einer auskömmlichen Finanzierung für die Einrichtungen freier Träger schwierig ist. Hierfür werden wir Lösungen finden müssen.</p>	<p>lung von Kita-Neubauten außerplanmäßig erhöht werden (d.h. für den Kita-Neubau in der Woerishoferstraße, Oberreut). Perspektivisch müssen wir hier über eine dauerhafte Lösung nachdenken. Außerdem hat sich die Fraktion dafür eingesetzt, dass Flächen für soziale Einrichtungen in laufenden Bebauungsplanverfahren privilegiert werden.</p>	<p>werden soll. Gleichwohl ist uns bewusst, dass gerade im Bereich der Betreuung von Kindern mit besonderem Förderbedarf ein großer Fachkräftemangel herrscht. Daher müssen wir gemeinsam Lösungen finden und werden uns diesbezüglich auch mit dem Land Baden-Württemberg über Fördermöglichkeiten austauschen.</p>
-------------------	---	---	--	--

<p><b>CDU</b></p>	<p>Länder verfügen über eine hohe Jugendarbeitslosigkeitsquote, bspw. in Spanien (28,4 Prozent) oder Griechenland (27,4 Prozent). Dort ist nahezu jeder dritte Jugendliche arbeitslos. Einige davon sind gut ausgebildete und hochmotivierte Erzieherinnen und Erzieher. Diesen Menschen wollen wir ein Angebot machen und sie für eine Beschäftigung bei den städtischen und freien Kindertagesstätten in Karlsruhe gewinnen. Aufgrund ihrer bisherigen Perspektivlosigkeit und der hohen Arbeitslosenquote in ihren Heimatländern ist es daher auch nicht so, dass wir unseren europäischen Partnern dringend benötigtes Fachpersonal streitig machen. Es geht vielmehr darum, jungen Erzieherinnen und Erziehern aus dem europäischen Ausland eine berufliche Perspektive in Karlsruhe zu geben. Städte im Umkreis wie Baden-Baden, Filderstadt oder Ludwigsburg sind hier bereits einen Schritt weiter und haben zusammen mit dem Verein Bildungswerk der Baden-Württembergischen Wirtschaft sowie der Bundesagentur für Arbeit erfolgreich Fachpersonal aus Spanien angeworben (siehe z.B. hier: <a href="https://www.biwe.de/newsanzeige/spanische-fachkraefte-verstaerken-kita-teams">https://www.biwe.de/newsanzeige/spanische-fachkraefte-verstaerken-kita-teams</a>). Außerdem haben auch schon einige überregional organisierte Träger, die Kindertageseinrichtungen unter anderem auch in Karlsruhe betreiben, wertvolle Erfahrungen bei der</p>			
-------------------	--	--	--	--

<p><b>CDU</b></p>	<p>Anwerbung und Beschäftigung von Fachkräften aus dem europäischen Ausland gesammelt. Außerdem profitiert das Personal aus dem EU-Ausland nicht nur davon, die deutsche Sprache zu lernen, sondern gibt auch eigene Sprachkenntnisse aus dem Herkunftsland an die Kinder weiter. Darin sehen wir wichtige Win-Win-Effekte für alle Beteiligten. Eine zusätzliche Forderung der CDU ist, dass im Ausland erworbene Berufsabschlüsse im elementarpädagogischen Bereich viel schneller anerkannt werden sollten.</p>			
-------------------	--	--	--	--



	<p><b>I. Was halten Sie für die geeignetsten Instrumente bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels im elementarpädagogischen Bereich in Karlsruhe?</b>                      I. a) Wie stehen Sie zur finanziellen Förderung von Nicht-Fachkräften?                      I. b) Auch die Gewinnung ausländischer Fachkräfte wird nicht gegenfinanziert. Würden Sie das in Zukunft ändern?</p>	<p><b>II. Wie möchten Sie dem Spannungsverhältnis zwischen auskömmlicher Finanzierung der freien Träger und finanziellen Entlastungen der Eltern begegnen?</b></p>	<p><b>III. Es fehlen ca. 1.200 Kita-Plätze in der Stadt Karlsruhe: Wie wollen Sie die freien Träger dabei unterstützen, neue Plätze zu schaffen?</b></p>	<p><b>IV. Wie wollen Sie gewährleisten, dass alle Kinder gleiche Chancen zur Teilhabe an frühkindlicher Bildung und Betreuung erhalten?</b></p>
<p><b>SPD</b></p>	<p>Wir brauchen aus Sicht der SPD einen Maßnahmen-Fächer, um den Herausforderungen des Fachkräftemangels zu begegnen.                      Dazu gehören alle Möglichkeiten, welche die Erzieherinnen und Erzieher entlasten wie beispielsweise die Förderung von Zusatzkräften und eine bessere Unterstützung bei nichtpädagogischen Aufgaben.                      Eltern brauchen dringend wieder Verlässlichkeit in der Kinderbetreuung. Wenn Öffnungszeiten nicht mehr verlässlich und nur unter hoher Belastung des vorhandenen Personals gehalten werden können, müssen diese reduziert werden, bis sich die Situation wieder stabilisiert. Solange der Fachkräftemangel so akut ist, braucht es aus unserer Sicht ergänzende Betreuungskonzepte für die Randzeiten.                       Ergänzung:                       Eine Möglichkeit dem Fachkräftemangel zu begegnen ist die Qualifizierung und</p>	<p>Wir setzen uns für eine auskömmliche Finanzierung der freien Träger ein und konnten trotz angespannter Haushaltslage die Zuschüsse im Kita-Bereich erhöhen. Die aktuellen Bau- und Mietkosten erfordern hier mehr Flexibilität von Seiten der Verwaltung.                       Als SPD sind wir grundsätzlich der Überzeugung, dass Bildung kostenfrei sein sollte, von Anfang an und nicht erst in der Schule. Dieses Ziel können wir auf kommunaler Ebene nicht umsetzen, dazu braucht es den Willen auf Landesebene, der in der grün-schwarzen Regierung leider nicht vorhanden ist.                      Deshalb ist es uns umso wichtiger im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten zur finanziellen Entlastung von Eltern beizutragen und durch gemeinderätliche Beschlüsse dafür zu sorgen, dass Kostenerhöhung nicht alleine durch</p>	<p>Frühkindliche Bildung ist für alle Kinder wichtig. Durch eine Anhebung der Mietkostenzuschüsse sowie für Investitionen wollen wir weiterhin sicherstellen, dass auch in Zeiten angespannter Bautätigkeit neue Kitas gebaut werden. Durch mehr Wege in der Ausbildung und Förderung von Fachkräften wollen wir dafür sorgen, dass wieder ausreichend Personal vorhanden ist, damit die noch fehlenden Plätze dann auch tatsächlich den Familien zur Verfügung stehen.</p>	<p>Auch hier braucht es Fachpersonal, das flexibel von den Kitas in Karlsruhe angefordert werden kann, ohne auf lange Genehmigungsprozesse warten zu müssen. Alle Kinder haben ein Recht auf frühkindliche Bildung, dieses bestmöglich umzusetzen muss unser gemeinsames Ziel sein. Als SPD fordern wir einen stärkeren Einsatz für Chancengleichheit und sehen diese massiv gefährdet, wenn aufgrund fehlender zusätzlicher Unterstützung Kindern ihr Anspruch auf Kinderbetreuung in weiten Teilen verwehrt bleibt. Für Bildungsgerechtigkeit ist frühkindliche Förderung unverzichtbar.</p>

<p><b>SPD</b></p>	<p>Beschäftigung von Quereinsteiger:innen. Die Stadt Karlsruhe fördert einen höheren Stellenschlüssel als vom Kommunalverband für Jugend und Soziales vorgegeben. Die zusätzlichen Stellen können aber nicht mit Quereinsteiger:innen besetzt werden.</p> <p>I. a) Kitas als Orte der frühkindlichen Bildung brauchen qualifizierte Fachkräfte. Um diese in ihrer Arbeit zu unterstützen, setzen wir uns dafür ein, auch Nicht-Fachkräfte finanziell zu fördern. Dazu gehört auch eine Entlastung bei Verwaltungs- und hauswirtschaftlichen Tätigkeiten.</p> <p>I. b) Bei der Gewinnung ausländischer Fachkräfte gibt es unterschiedliche Erfahrungen der Träger. Wir unterstützen hier einen Austausch und gemeinsame Strategien. Ziel unserer Maßnahmen muss sein, die Versorgung mit Kitaplätzen in ganz Karlsruhe sicherzustellen.</p>	<p>höhere Elternbeiträge zu tragen sind. Wir fordern hier einen Ausgleich aus kommunalen Mitteln.</p>		
-------------------	--	---	--	--

	<p><b>I. Was halten Sie für die geeignetsten Instrumente bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels im elementarpädagogischen Bereich in Karlsruhe?</b> I. a) Wie stehen Sie zur finanziellen Förderung von Nicht-Fachkräften? I. b) Auch die Gewinnung ausländischer Fachkräfte wird nicht gegenfinanziert. Würden Sie das in Zukunft ändern?</p>	<p><b>II. Wie möchten Sie dem Spannungsverhältnis zwischen auskömmlicher Finanzierung der freien Träger und finanziellen Entlastungen der Eltern begegnen?</b></p>	<p><b>III. Es fehlen ca. 1.200 Kita-Plätze in der Stadt Karlsruhe: Wie wollen Sie die freien Träger dabei unterstützen, neue Plätze zu schaffen?</b></p>	<p><b>IV. Wie wollen Sie gewährleisten, dass alle Kinder gleiche Chancen zur Teilhabe an frühkindlicher Bildung und Betreuung erhalten?</b></p>
<p><b>Die Grünen</b></p>	<p>Wir müssen an allen möglichen Stellschrauben drehen, in erster Linie an der Attraktivität der Arbeitsplätze und der Ausbildung. Neben dem langsamen Ausbau der Plätze ist der Personalmangel das derzeit größte Problem in der frühkindlichen Bildung. Die Kommunalpolitik hat nur begrenzten Einfluss auf tarifliche Vereinbarungen. Vielmehr als die Bezahlung sind jedoch die Arbeitsbedingungen in der frühkindlichen Bildung der größere Hebel: Wir wollen diese für die Mitarbeiter*innen verbessern, unter anderem durch qualitativ hochwertige Ausstattung und Verbesserungen am Arbeitsplatz (z.B. durch attraktive Kita-Ausstattung). Führungskräfte wollen wir durch die Delegation von Verwaltungsaufgaben an nicht-pädagogisches Personal entlasten. Ähnlich wie eine Grundschule benötigen Kitas außerdem Verwaltungsstunden durch entsprechendes Personal. Zudem wollen wir die Ausbildungskapazitäten erweitern: Der Bedarf an Plätzen in der frühkindlichen Bildung wird</p>	<p>Beiträge gerechter staffeln: Um frühe Selektion zu vermeiden, müssen Zugänge zur frühkindlichen Bildung für alle attraktiv und erreichbar gestaltet werden. Es darf keine Kitas erster und zweiter Klasse geben, die Beiträge der Kitas müssen an allen Orten der Stadt gleich und bezahlbar bleiben bzw. werden. Wir werden uns für eine Staffelung der Elternbeiträge nach Haushaltseinkommen einsetzen. Familien mit geringem Einkommen können schon heute eine hälftige oder vollständige Beitragsbefreiung beantragen. Wir halten neben einer Vereinfachung des Antragsverfahrens eine weitere Staffelung der Kitabeiträge nach dem Einkommen der Eltern, die nicht unter die Beitragsfreiheit fallen, für die sozial gerechteste Lösung. Mit dieser Vorgehensweise können die Kitabeiträge in Karlsruhe nach</p>	<p>Zuverlässige Betreuung ist die Grundlage für gleichberechtigte Teilnahme aller Sorgeberechtigten am Erwerbsleben, die gerechte Aufteilung der Familienarbeit und die finanzielle Absicherung bis zur Rente. Voraussetzung dafür ist, dass jedes Kind in Karlsruhe ab dem ersten Lebensjahr einen Platz in einer Kita oder bei Tageseltern in Anspruch nehmen kann. Trotz des Rechtsanspruchs fehlen jedoch immer noch Plätze, und der Ausbau schreitet nur langsam voran. Bei neuen Bauvorhaben setzen wir uns dafür ein, auch Kitas in den Bebauungsplänen vorzusehen. Gleichzeitig wollen wir zusammen mit der Volkswohnung als städtischer Bauträger mehr Kitas bauen.</p>	<p>Wir wollen die Plätze nach transparenten Kriterien vergeben und das Kita-Portal weiterentwickeln, die Beiträge gerechter staffeln und zielgerichtete Hilfen für alle Kinder anbieten. Im Sinne der Teilhabe aller Kinder und Familien setzen wir auf ein umfassendes Verständnis von Inklusion. Kitas sind erste institutionelle Lernorte für Kinder. Unser Ziel ist eine bessere Ausstattung der Eingliederungshilfen und das Bereitstellen eines unbürokratischen Weges, damit Förderungen schnell auf die Bedürfnisse der Kinder, der Familien und der Einrichtungen abgestimmt und umgesetzt werden können. Ein nicht unerheblicher Anteil der Kinder zeigt Symptome emotionaler und psychischer Instabilität. Langfristige negative Folgen für die psychische Gesundheit können drohen. Gerade in jungen Jahren kann eine</p>

<p><b>Die Grünen</b></p>	<p>in Zukunft weiter stark zunehmen. Wir setzen uns für eine Erweiterung der Ausbildungskapazitäten ein. Dazu gehört auch die praxisintegrierte Ausbildung (PiA). Sie ermöglicht Quereinsteiger*innen den Wechsel in den Erzieher*innenberuf. Mit unserem Antrag im Gemeinderat haben wir bereits erreicht, dass die Stadt Karlsruhe die Anzahl der Plätze für die praxisintegrierte Ausbildung deutlich erhöht hat.</p> <p>I. a) Die PiA-Ausbildung, also die praxisintegrierte Ausbildung, die Quereinsteiger*innen den Wechsel in den Erzieher*innenberuf ermöglicht, wird von der Stadt gefördert. Leider übersteigt aktuell das Stellenangebot die Zahl der Bewerber*innen. Wir hoffen, durch gemeinsame Anstrengungen auf eine Umkehr, denn wir wissen aus Erfahrung, dass PiA-Absolvent*innen eher und länger im Beruf bleiben.</p> <p>Wir sehen auch eine Lösung darin, Leitungskräfte durch die Delegation von Verwaltungsaufgaben an nicht-pädagogisches Personal zu entlastet. Ähnlich wie eine Grundschule benötigen Kitas – geförderte! –Verwaltungsstunden durch entsprechendes Personal.</p> <p>Darüber hinaus halten wir alternative Konzepte zur Betreuung zu Randzeiten durch nicht-pädagogisches Personal für notwendig, um damit die Qualität der verlässlichen Kernzeiten sowohl für die Kinder, also auch die Erzieher*innen zu</p>	<p>dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit ausgestaltet werden. Auch die Geschwisterkindregelung wollen wir gerechter gestalten.</p>		<p>qualitativ hochwertige frühkindliche Einrichtung das Kind und die Familie stabilisieren und langfristige gesundheitliche und/oder psychische Folgen vorbeugen.</p> <p>Wir fordern eine inklusive und gerechte Versorgung für alle Kinder, unabhängig davon, ob sie körperlich, seelisch oder geistig erhöhten Betreuungsbedarf haben. Wir lehnen die Selektion von Kindern ab und fordern im Sinne unseres Verständnisses von Inklusion zielgerichtete Hilfe für die Kinder in den Kindertageseinrichtungen.</p>
--------------------------	---	---	--	---

<p><b>Die Grünen</b></p>	<p>sichern. Aber auch für die Randzeiten mit erweitertem nichtpädagogischem Personal müssen klare Mindeststandards definiert und eingehalten werden. Reine „Aufbewahrung“ von Kindern darf es in unseren Kitas nicht geben. Zudem müssen wir auch für diese Kräfte zunächst für die Finanzierung sichern.</p> <p>I. b) Wir freuen uns über jede*n Menschen, der den Beruf Erzieher*in wählt – oder bereits im Ausland gewählt hat. Wer im Ausland eine gleichwertige Ausbildung hinter sich hat, kann nach der Anerkennung auch bei uns als Erzieher*in arbeiten. Die bürokratischen Hürden dazu müssen auf Landes- und Bundesebene schnellstmöglich beseitigt werden. Gleichzeitig endet unser Verständnis von Miteinander und Solidarität nicht an den Stadt- oder Landesgrenzen. Karlsruhe hat trotz personeller Engpässe bundesweit nach wie vor einen der besten Personalschlüssel im Kitabereich. Wir sehen großes Potenzial in den vielen Menschen, die durch Flucht und Migration bereits nach Karlsruhe gekommen sind oder noch kommen. Durch eine schnellere und gezieltere Integration in den Arbeitsmarkt sehen wir auch Chancen, den Fachkräftemangel im Bereich der frühkindlichen Bildung zu verringern.</p>			
--------------------------	---	--	--	--

	<p><b>I. Was halten Sie für die geeignetsten Instrumente bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels im elementarpädagogischen Bereich in Karlsruhe?</b>                      I. a) Wie stehen Sie zur finanziellen Förderung von Nicht-Fachkräften?                      I. b) Auch die Gewinnung ausländischer Fachkräfte wird nicht gegenfinanziert. Würden Sie das in Zukunft ändern?</p>	<p><b>II. Wie möchten Sie dem Spannungsverhältnis zwischen auskömmlicher Finanzierung der freien Träger und finanziellen Entlastungen der Eltern begegnen?</b></p>	<p><b>III. Es fehlen ca. 1.200 Kita-Plätze in der Stadt Karlsruhe: Wie wollen Sie die freien Träger dabei unterstützen, neue Plätze zu schaffen?</b></p>	<p><b>IV. Wie wollen Sie gewährleisten, dass alle Kinder gleiche Chancen zur Teilhabe an frühkindlicher Bildung und Betreuung erhalten?</b></p>
<p><b>FDP</b></p>	<p>Der Fachkräftemangel zieht sich durch alle Branchen. Es ist notwendig, hier nach geeigneten Mitteln zu suchen. Sowohl moderne Arbeitszeitmodelle wie auch Vergünstigungen z.B. bei Versicherungen oder ein Überdenken der Einstiegsgehälter bzw. der Gehaltserhöhungsmodalitäten können entsprechende Mittel sein. Zusätzlich können hier unter den Tarifpartnern frei verhandelbare Gratifikationsmodelle, wie Jobticket, Parkkostenzuschuss, Mietzuschuss etc. eine Lösung darstellen. Wir würden uns hier auch mehr Einsatz von der Stadtverwaltung wünschen. Wer sich für eine erzieherische Tätigkeit im Stadtkreis Karlsruhe entscheidet, soll auch entsprechende Hilfe bei der Wohnraumsuche erhalten.</p> <p>I. a) Solange uns die Fachkräfte fehlen, müssen wir versuchen, die uns zur Verfügung stehenden Kräfte entsprechend einzusetzen. Hier gilt es die Förderfähigkeit zu prüfen. Die Option für Querein-</p>	<p>Die FDP unterstützt grundsätzlich das Anliegen von kostenfreien Kita-Plätzen. Jedoch ist genau das angesprochene Spannungsfeld hierbei sensibel in den Blick zu nehmen. Für uns steht die pädagogisch und sozial korrekte Betreuung erst mal im Vordergrund. Kostenfreiheit auf Kosten der Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder der Umstände kann nicht das Ziel sein.</p>	<p>Freie Träger sind die einzige Chance, um rasch dem Mangel zu begegnen. Es ist bedauerlich, dass diese im Rathaus auf taube Ohren stoßen. Wir möchten uns einerseits für Räumlichkeiten und auf der anderen Seite für eine unbürokratische finanzielle Förderung einsetzen.</p>	<p>Bei der Frage nach gleichen Chancen muss vor allem der Blick auf das Individuum gelenkt werden. Eine qualitativ hochwertige und möglichst individuelle Betreuung und frühkindliche Bildung sind überaus wichtig. In diesem Alter werden essenzielle Grundlagen für den Lebensweg gelegt. Hier wünschen wir uns, dass die Zuständigen ein eigenes Budget verwalten können. Vor Ort sollen die Erzieherinnen und Erzieher entscheiden, welchem Kind welcher Bedarf entspricht und entsprechend handeln. Dies können wir nicht aus einem Amt heraus regeln.</p>

<p><b>FDP</b></p>	<p>steiger ist entsprechend zu befürworten. Ggf. muss es zu einer Einzelfallprüfung kommen.</p> <p>I. b) Wir sind der festen Überzeugung, dass wir in vielen Bereichen eine qualifizierte Zuwanderung brauchen. Allein für den Fortbestand unseres Rentensystems würden wir 480000 qualifizierte Personen pro Jahr benötigen. Um dies zu erreichen muss – wie bei Ihnen vorliegend – die Gegenfinanzierbarkeit ermöglicht werden.</p>			
-------------------	---	--	--	--

	<p><b>I. Was halten Sie für die geeigneten Instrumente bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels im elementarpädagogischen Bereich in Karlsruhe?</b>                  I. a) Wie stehen Sie zur finanziellen Förderung von Nicht-Fachkräften?                  I. b) Auch die Gewinnung ausländischer Fachkräfte wird nicht gegenfinanziert. Würden Sie das in Zukunft ändern?</p>	<p><b>II. Wie möchten Sie dem Spannungsverhältnis zwischen auskömmlicher Finanzierung der freien Träger und finanziellen Entlastungen der Eltern begegnen?</b></p>	<p><b>III. Es fehlen ca. 1.200 Kita-Plätze in der Stadt Karlsruhe: Wie wollen Sie die freien Träger dabei unterstützen, neue Plätze zu schaffen?</b></p>	<p><b>IV. Wie wollen Sie gewährleisten, dass alle Kinder gleiche Chancen zur Teilhabe an frühkindlicher Bildung und Betreuung erhalten?</b></p>
<p><b>FÜR Karlsruhe</b></p>	<p>1) Höhere gesellschaftliche Anerkennung der pädagogischen Fachkräfte. Ziel: Aufwertung/Gleichstellung in der Wertigkeit von frühkindlicher Bildung mit Schulbildung                  2) Freistellung der pädagogischen Fachkräfte von Verwaltungsaufgaben                  3) Weiterführen der Unterstützung der PIA-Ausbildung in Karlsruhe</p> <p>I. a) Wir können uns eine finanzielle Förderung vorstellen. Voraussetzung ist die Sicherstellung der pädagogischen Kompetenzen.                  I. b) Dies ist eine weitere Möglichkeit dem akuten Fachkräftemangel abzuwehren, die wir befürworten.</p>	<p>Qualität hat seinen Preis. Die Erfahrung zeigt, dass allgemeine finanzielle Entlastungen über alle städtische, kirchliche oder KITAs freier Träger, zu einer Reduzierung der Qualität führen. Schon jetzt ist in Karlsruhe das 2. Kind einer Familie von Beiträgen freigestellt und die Beiträge nach Einkommen gestaffelt. Diese Regelung soll weiterhin beibehalten werden.                  Alle Familien bzw. Eltern, die sich daher finanziell eine gute pädagogische Betreuung leisten können und wollen, sollte dies auch ermöglicht werden.                  So bleibt der Stadt Karlsruhe mehr Geld für die Familien, die unsere Unterstützung benötigen.</p>	<p>Wir von FÜR Karlsruhe werden dem Ausbau der Kita-Plätze eine sehr hohe Priorität bei den anstehenden investiven Bauprojekten zuweisen. Allerdings müssen hierfür auch die pädagogischen Fachkräfte vorhanden sein.</p>	<p>Eine Verbesserung der Qualität geht unserer Ansicht nach nur über mehr pädagogische Fachkräfte. Darüber hinaus sehen wir einen zusätzlichen Bedarf im Bereich der Sprachförderung und dem Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern. Wir von FÜR Karlsruhe fordern daher die Umsetzung und Festschreibung eines Mindestpersonalschlüssels für Kinder unter drei Jahren von 1:3, bei Kindern über drei Jahren von 1:7 und im Hort von 1:10. Innerhalb dieses Personalschlüssels müssen mindestens 50 % pädagogische Fachkräfte sein. FÜR Karlsruhe legt Wert darauf, dass unsere Kinder nicht „nur aufbewahrt werden, sondern tatsächlich Zuwendung und frühkindliche Bildung erfahren.“ Dies kann über feste Zeitkontingente für mittelbare pädagogische Arbeit erreicht werden. Die pädagogischen Fachkräfte sind so wertvoll, dass sie von Verwaltungsaufgaben möglichst befreit werden sollten.</p>